

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.



Erscheint jeden Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 12 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(1914-Bund)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz., 40 Pf., Familienanz., 25 Pf.,
Vereinsanz., 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Gesamtsprecher: Amt Alexander, Nr. 1720.

Nr. 91/92.

Berlin, Sonnabend, 17. November 1917.

Neunundvierzigster Jahrgang

Inhalts-Verzeichnis.

Die neue Regierung. — Die Neuordnung und die nationale Arbeiterkraft. — Unzulängliche Wohnungs-politik. — Schlichthandel und Kaufhandel. — Allgemeine Rundschau. — Aus dem Verbands. — Literatur. — Anzeigen.

Die neue Regierung.

Mit der Ueberrahme des Reichsfanzleramts durch den Grafen Hertling war die schwere innere Krise, die das Deutsche Reich durchzumachen hatte, noch nicht beigelegt. Es blieb die Frage zu lösen, wer neben dem Grafen Hertling den Posten des Vizefanzlers und den des Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums erhalten würde. Daß dafür nur Anhänger der Mehrheitsparteien in Frage kamen, ist selbstverständlich. Jetzt sind wir auch über diesen Berg hinweg.

Dr. Helfferich war als Vizefanzler unmöglich geworden. Die zahlreichen und heftigen Zusammenstöße, die er bei verschiedenen Gelegenheiten im Reichstage gerade mit den Vertretern der Mehrheitsparteien hatte, schlossen ein gedeihliches Zusammenarbeiten aus. Er hat also seinen Abschied erbeten und erhalten unter dem Vorbehalt späterer anderweitiger Verwendung. Das Schreiben, in dem der Kaiser das Entlassungsgesuch Dr. Helfferichs genehmigt, hebt die Verdienste, die dieser hat während seiner ganzen Amtstätigkeit erworben hat, in überaus anerkennender Weise hervor, und es wäre ungerecht, wenn wir die außerordentlichen Kenntnisse und Fähigkeiten Dr. Helfferichs angeweifeln wollten. Sie sind unbestritten. Ebenso unbestritten aber ist sein Mangel an Gehalt für den Verkehr mit politischen Parteien. Von verschiedenen Seiten ist darauf hingewirkt worden, den Posten des Vizefanzlers, der eigens für Dr. Helfferich geschaffen war, überhaupt unbelegt zu lassen. Diese Versuche sind gescheitert. Dr. Helfferich hat einen Nachfolger erhalten in der Person des fortgeschrittenen Abgeordneten von Bayer.

Wer die Geschichte des Deutschen Reichstages der letzten Jahrzehnte kennt, der weiß, was der Name Bayer in der politischen Welt bedeutet. Seit dem Jahre 1877 gehört Bayer mit kurzen Unterbrechungen dem Deutschen Reichstage an, in dem er stets eine angehende Stellung einnahm. Neben dem Reichstagsmandat übte er ein solches zur württembergischen Abgeordnetenkammer aus, die ihn im Jahre 1895 zu ihrem Präsidenten erwählte. Dieses Amt legte er im Jahre 1912 nieder. Ursprünglich gehörte Bayer der süddeutschen Volkspartei an. Nach der Verschmelzung dieser Partei mit den freisinnigen Parteien im Jahre 1910, an der, nebenbei gesagt, gerade Bayer ein hervorragendes Verdienst gebührt, führte er die fortschrittliche Volkspartei, in der er reichliche Gelegenheit fand, nicht allein seine freibürgerlichen Anschauungen zu betätigen, sondern auch sein diplomatisches Geschick zu verwenden. Es gibt kaum einen andern Reichstagsabgeordneten, der sich dadurch ein so allgemeines Vertrauen bei allen Parteien erworben hat wie Herr von Bayer. Wir begrüßen es freudig, daß ein Mann mit solchen Fähigkeiten und mit so freibürgerlichen Anschauungen, wie sie der neue Vizefanzler stets vertreten hat, nun an verantwortungsvoller und einflußreicher Stelle steht. Wir begrüßen es umso mehr, als Herr von Bayer in früheren Jahren oftmals Gelegenheit hatte, auch sein lebhaftes Interesse für die Arbeiterbewegung und insbesondere für die Deutschen Gewerksvereine zum Ausdruck zu bringen. Deshalb ver sprechen wir uns für die Ent-

wicklung der Arbeiterbewegung und für die Anerkennung ihrer gerechten Forderungen aus der Amtstätigkeit gerade dieses Mannes recht viel.

Die Stelle des Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums ist mit dem Geheimrat Professor Friedberg besetzt worden. Auch dieser Mann ist kein Neuling im öffentlichen Leben. Seit dem Jahre 1886 gehört er als Mitglied der nationalliberalen Fraktion dem preussischen Abgeordnetenhaus an. Zuerst war es die Stadt Halle, wo er als Universitätsprofessor wirkte, die ihn in das preussische Abgeordnetenhaus entsandte. Später hat er den Wahlkreis Hainichen-Vennep vertreten. Professor Friedberg hat immer eine führende Rolle gespielt, und da er zum rechten Flügel der Nationalliberalen gehört, die Politik dieser Partei oft nicht gerade in erfreulicher Weise beeinflußt. Das darf uns indessen nicht hindern anzuerkennen, daß auch dieser Mann neben einer außergewöhnlichen rednerischen Begabung über gründliche Sachkenntnis und parlamentarische Gewandtheit verfügt, die ihn für das ihm übertragene neue Amt durchaus geeignet machen. Obgleich Professor Friedberg mit keinen politischen Anschauungen den Konserverativen oft sehr nahe gekommen ist, muß es selbstverständlich angenommen werden, daß er die preussische Wahlreform im Sinne der königlichen Erlasse durchzuführen entschlossen ist, daß er auf dem Boden des gleichen Wahlrechts steht. Auch für eine gründliche Reform des preussischen Herrenhauses dürfte er mit Entschiedenheit eintreten, nachdem er bereits im letzten Frühjahr sich im preussischen Abgeordnetenhaus energisch dafür ins Zeug gelegt hat.

Die Vorbedingungen, unter denen die Reichstagsmehrheit dem Grafen Hertling für seine Reichsfanzlerchaft ihre Unterstützung zugesagt hat, sind erfüllt. Die neue Regierung darf damit rechnen, daß neben der Sozialdemokratie, den Fortschrittlichen und dem Zentrum auch die nationalliberale Partei hinter ihr stehen wird. Damit hat sie die überwältigende Mehrheit nicht nur des deutschen Reichstages, sondern auch des deutschen Volkes auf ihrer Seite. Selbstverständlich hat sie auch ihre Gegner. Weder auf die Unterstützung der unabhängigen Sozialdemokraten wird sie rechnen können, noch auf die der äußersten Rechten. Der von diesen Seiten sich erhebende Widerstand wird aber leicht gebrochen werden können. Wo in der Welt gibt es eine Regierung, die stets das ganze Parlament hinter sich gehabt hätte? Wenn der neue Reichsfanzler und seine Helfer unentwegt an den Grundlinien festhalten, die sie bei ihrem Amtsantritt als richtig anerkannt haben, dann werden sie verhältnismäßig leicht alle die Schwierigkeiten und Hindernisse überwinden, die sich ihnen entgegenstellen werden. Wir sind nicht hoffnungslos, wenn wir glauben, daß nun ein goldenes Zeitalter über uns hereinbricht, in dem alle unsere Wünsche Erfüllung finden. Aber wir haben das Vertrauen, daß die Männer der neuen Regierung alles aufbieten werden, um endlich stetige Verhältnisse zu schaffen und dem Zustand der Unruhe und Zerrissenheit, unter dem das deutsche Volk nun schon seit Monaten leidet, gründlich ein Ende zu bereiten. Die deutsche Arbeiterkraft, soweit sie auf freibürgerlich nationalem Boden steht, erwartet von der Regierung Verständnis und Erfüllung ihrer berechtigten Wünsche und Forderungen. Sie wird aber dafür auch alles tun, was in ihren Kräften steht, um die Stellung und die Politik dieser Regierung zu unterstützen.

Die Neuordnung und die nationale Arbeiterkraft.

Die erfolgte Neuordnung im Reich und in Preußen, deren Wirkungen uns als Berufsorganisation in der Gesamtheit auf sozialpolitischen und wirtschaftlichem Gebiete angehen, wird nach den bisherigen Verlautbarungen in erster Linie die Schaffung von Arbeitskammern und die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung nach sich ziehen. Die Einbeziehung von Arbeitskammern dürfte in allen Arbeiterkreisen mit Genehmigung begrüßt werden. Die Aufhebung des § 153 wird überall auf Zustimmung rechnen können, wo Ausnahmeerlasse als ein Unrecht angesehen werden. Der § 153 ist nichts anderes als ein Ausnahmegesetz, unter dem die Arbeiterkraft bisher gelitten hat. Seine Aufhebung wird deshalb auch nicht nur von den sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen gefordert, sondern auch von den freibürgerlich-national gesinnten Arbeitern aller Richtungen.

Die angekündigte Vereinfachung des § 153 hat bisher, soweit wir überblicken konnten, Widerspruch aus Arbeiterkreisen nicht hervorgerufen; dagegen melden sich andere Kreise, die der Schwerindustrie nahe stehen und sich als Wortführer der nationalen Arbeiterkraft aufspielen. Mit welchem Recht gerade diese Kreise das tun, steht dahin; der Zweck ihres Sturmlaufs gegen die bevorstehenden Reformen ist aber ziemlich durchsichtig. Nicht im Interesse der Arbeiter, sondern in dem gewisser Arbeitgeberfreie liegt ihre Lätigkeit, und dementsprechend muß sie auch bewertet werden.

In welcher Weise gearbeitet wird, lehrt ein Artikel in einer Leitartikel-Korrespondenz, die sich „Unabhängigen Nationalkorrespondenz“ nennt und von einem Dr. Fritz Stephan Neumann in Berlin herausgegeben wird. Der die Leberchrift „Die nationale Arbeiterkraft und — ihr Lohn?“ tragende Artikel, dem unsere Leser vielleicht irgendwo in einem rechtsstehenden Organ schon begegnet sein dürften, scheint sich nicht, vom neuen Reichsfanzler zu schreiben, er schide sich an, der Gefangene der Sozialdemokratie mindestens in dem Maße zu werden wie seine beiden Vorgänger. Der rote Lappen muß überhaupt in dem ganzen Artikel als Schreckgespenst für Reichstagsgläubige erhalten, um die von der neuen Reichsregierung geplanten sozialen Reformen von vornherein in Miskredit zu bringen. Von der Vereinfachung des § 153 der Gewerbeordnung wird in dem Artikel gesagt, sie sei eine „Preisgabe des Arbeitswillens“, den der monarchische Staat als höchste Pflicht und köstliches Vorrecht bisher der sozialdemokratischen, nationalen und friedliebenden Arbeiterkraft gegen den brutalen Terrorismus der Sozialdemokratie gewährt.“ Der „Unabhängigen Nationalkorrespondenz“ wollen wir darauf nur erwidern, daß wir Terrorismus nicht billigen und ihn überall auf das schärfste bekämpfen haben, wo er zur Anwendung gelangt ist, gleichviel von wem und gegen wen, sei es von Arbeitgebern gegen Arbeitnehmer oder von Arbeitern gegen Arbeitgeber oder gegen Arbeitskollegen. Terrorismus acht jedoch noch u. A. durch das Strafrecht zu bekämpfen; dazu bedarf es keines Ausnahmegesetzes, wie es der § 153 ist. Ausnahmeerlasse sind unter allen Umständen verwerflich und nicht zu billigen. In dieser Hinsicht wissen wir uns mit der freibürgerlich-nationalen Arbeiterkraft durchaus einer Meinung, und wir beitreten Herrn Dr. Neumann das Recht, namens der nationalen Arbeiterkraft zu sprechen und eine

durchaus gesunde und seit langem verlangte Reform im Namen der Arbeiterkraft zu bekämpfen. Geht doch der Artikel der genannten Korrespondenz so weit, vom neuen Reichsfürstler zu verlangen, daß er aus zwingenden politischen, sozialen und monarchischen Rücksichten „das sozialdemokratische Ansehen einer Beseitigung des § 153 als eine unerhörte Zumutung entschieden“ abweist, und er begründet diese Forderung damit, daß die nationale Arbeiterschaft bei ihrer Rückkehr aus dem Felde als eigentlicher Dank von Staat und Gesellschaft für ihr todesmutiges Ausbarren in vier langen Kriegsjahren durch Beseitigung des § 153 „erneut dem brutalen Terror der „freien“ Gewerkschaften preisgegeben sein würde“.

Die Antwort auf diese Ausführungen liegt in dem vorher Gesagten. Die Forderung nach Aufhebung des § 153 ist durchaus kein „sozialdemokratisches Ansehen“, sondern ein Verlangen nach Gerechtigkeit und gleicher Behandlung durch die Gesetzgebung. Den bisherigen Ausnahmezustand empfinden alle freiheitlich und gerecht denkenden Arbeiter, gleichviel ob sie den Gewerkschaften oder den Gewerksvereinen oder anderen Berufsorganisationen angehören als eine schreiende Ungerechtigkeit. Hat denn der Artikelschreiber außerdem ganz vergessen, daß sich in den langen Kriegsjahren die gesamte Arbeiterschaft auf nationalen Boden gestellt hat? Denkt er nicht daran, daß alle Arbeiter ohne Ausnahme, sei es in der Heimat, sei es im Felde, sich rückhaltlos in den Dienst des Vaterlandes gestellt haben? Hierfür verdienen sie Dank, und deshalb ist es nicht mehr als billig, daß die neue Regierung sich ernstlich mit dem Gedanken trägt, alle Hindernisse für eine freie Entwicklung auch des Arbeiterstandes zu beseitigen. Terrorismus geht zu verhindern auch ohne den § 153 oder sonstige Ausnahmegefesse.

Es soll schließlich nicht unerwähnt bleiben, daß sich in derselben Nummer der „Unabhängigen Nationalkorrespondenz“ auch ein Aufsatz von Dr. Karl von Mangoldt befindet „Die Arbeiterschaft und der Siegfrieden“. Dr. von Mangoldt schäme wir sehr hoch, und besonders seine Tätigkeit auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge ist eine weit umfassende und dankbar anzuerkennende. Seinem in dem erwähnten Artikel geäußerten Wunsche nach einem kräftigen deutschen Frieden schließen wir uns mit allen Volksgenossen an, ohne hierbei auf einen etwaigen „Scheidemannsplan“ oder „Erzbergerischen“ Bergsichtfrieden, von dem Mangoldt spricht, uns einlassen zu wollen. Mit dem Worte „Bergsichtfrieden“ ist in letzter Zeit viel Unfug getrieben worden, daß wir es nur bedauern können, wenn ein Mann wie Dr. von Mangoldt mit Dr. Frick Stephan Neumann in dieselbe Kerbe schlägt. Wir hätten die Mangoldtischen Ausführungen in diesem Zusammenhang auch nicht erwähnt, wenn er nicht auf die Schwierigkeiten der Arbeitsbeschaffung nach dem Kriege und auf die drohende Wohnungsnot und anhaltende Lebensmittelteuerung hingewiesen hätte. Das sind durchweg Fragen, die ernsthafte Beachtung verdienen. Dr. von Mangoldt hat auch sicher den redlichen Willen, diesen Uebelständen bei Zeiten entgegenzutreten. Wenn er aber für weitgehende Annexionen im Osten eintritt und hervorhebt, daß für die aus dem Kriege Heimkehrenden dort in dem neuen Ostland Gelegenheit zur Ansiedelung wäre und daß im Osten schaffungsflustige Männer ein geeignetes Betätigungsfeld finden würden, so ist solchen Plänen nach unserer Meinung entgegenzuhalten, daß vor allen Dingen doch eine Ansiedelungspolitik im Inlande weit notwendiger erscheint. Eine durchgreifende innere Kolonisation wurde schon vor dem Kriege gefordert. Anjäge zu ihrer Durchführung waren auch vorhanden, etwas wirklich Vollkommenes ist aber bisher auch nicht annähernd zu schaffen gewesen. Hier sehe man bei Zeiten den Sabel an und lorge für eine innere Ansiedelungspolitik, die dem Vaterlande reichen Nutzen bringen könnte. Dies scheint uns umso notwendiger zu sein, als der Krieg doch leider viele Tausende von kräftigen und gesunden Menschen dahingerafft hat, die uns nach Friedensschluß sehr fehlen werden. Da meinen wir, es sei besser, die noch vorhandenen und zurückkehrenden Kräfte im Lande festzuhalten, dafür zu sorgen, daß die Heimkehrenden so schnell wie möglich lohnende Beschäftigung finden und daß in den Städten etwa überschüssige Kräfte auf das Land geführt werden und besonders Kriegsbeschädigten Gelegenheit zur Ansiedelung in reichem Umfange gegeben wird. Wie weit das Deutsche Reich sich noch wird Neuland zulegen können, das hängt von der militärischen Lage beim Friedensschluß und von diesem selbst ab. Nun zu sagen: Für zurückkehrenden

Krieger bleibt nicht im Vaterlande, sondern geht hinaus nach dem Osten; dort wollen wir euch helfen! das geht nicht an, und mit Rücksicht auf etwa zu gewinnendes Neuland den Krieg hinauszuziehen, um möglichst viel bekommen zu können, das geht erst recht nicht. Jeder Tag Kriegsdauer kostet uns Millionen und zahlreich Menschenleben. Auf diese Weise wird weder dem Vaterlande noch den Arbeiterstande geholfen. ks.

Unzulängliche Wohnungspolitik.

Mit größter und leider nur allzu berechtigter Sorge sehen weite Kreise des Volkes den kommenden Wohnungsverhältnissen entgegen. Schon jetzt macht sich an vielen Orten eine starke Knappheit an Kleinwohnungen fühlbar. Wie soll es da erst nach dem Kriege werden, wenn unsere Millionenheere zurückströmen, die zahlreichen Kriegsgekranteten auf die Suche nach einem eignen Heim gehen und auch die Hunderttausende von schwer geschädigten Existenzen ihre größeren Wohnungen aufgeben und Umschau nach einer kleineren Behausung halten? Seit vielen Monaten hat es nicht an Mahnungen an die Behörden gekehrt, schleunigst gründliche Maßnahmen zu treffen, um einen unvermeidlichen Wohnungsnot vorzubeugen. Jetzt endlich sind die preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten und des Innern mit einem Rundschreiben an die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten herantreten, von dem wir uns — das sei von vornherein bemerkt — die erhoffte Wirkung leider nicht verprechen können.

Nach dem Ergebnis der statistischen Ermittlungen, so heißt es in dem Rundschreiben, und den Feststellungen, welche in einzelnen größeren Stadtgemeinden und Industriegebieten getroffen sind, kann die Befürchtung eines bedenklichen Mangels an mittleren, besonders aber an kleineren Wohnungen bei Friedensschluß nicht mehr von der Hand gewiesen werden. Wenn auch die Militärbehörden zugehört haben, bei der Gestaltung und dem Fortschreiten der Entlassungen dieser Befürchtung Rechnung zu tragen, so daß im allgemeinen mit einer Rückkehr der zur Entlassung gelangenden an ihren Wohnort vor der Mobilmachung gerechnet werden darf, so erscheint doch unabhängig von etwaigen Verwaltungs- und gesetzgeberischen Maßnahmen mit weiteren Zielen die sofortige Inangriffnahme von Vorkehrungen erforderlich, die geeignet sind, einem Wohnungsmangel und seinen nachteiligen Folgen für die aus dem Kriege Heimkehrenden nachdrücklich zu begegnen, um den Eintritt von Zuständen zu verhindern, wie sie sich nach dem Kriege 1870/71 in einzelnen größeren Städten gezeigt haben.

Da nach der amtlichen Statistik sehr erhebliche örtliche Verschiedenheiten zu verzeichnen seien, müsse zur Ergreifung der notwendigen Abwehrmaßnahmen auf die intensive Mitarbeit der Kommunalbehörden gerechnet werden. Von bestimmten Vorschriften sei deshalb abzusehen; nur allgemeine Richtlinien könnten gezogen werden. Und die denkt man sich so:

Es wird zunächst darauf ankommen, festzustellen, mit welchem Raumbedürfnis in dem Gemeindegelände nach Friedensschluß gerechnet werden muß, um die aus dem Felde Heimkehrenden, und zwar die Ehefrauen und die Ledigen aufnehmen zu können. Zu diesem Zweck bedarf es neben der Feststellung der leerstehenden Wohnungen der Erörterung, wieviel Haushaltungsvorstände sich im Felde befinden, ob ihre Familien die Wohnung anreicht erhalten haben, wieviel Kriegsheiraten geschlossen sind, wieviel gleichzeitig einen Haushalt in eigener Wohnung gegründet haben, mit wieviel Neugründungen von Haushaltungen alsbald nach Kriegsende zu rechnen ist, wieviel Ledige aus dem Felde erwartet werden müssen, inwieweit diese Unterkunft in bestehenden Haushalten finden werden oder auf anderweitige Unterkunft rechnen müssen. Zu berücksichtigen wird ferner der sehr erhebliche Abgang der Industrie vor dem Kriege. Ihre Gestaltung während des Krieges und ihr unmaßlicher Abbau oder Ausbau unmittelbar nach dem Kriege in Beziehung auf die Ab- oder Zunahme der arbeitenden Bevölkerung in Rechnung gestellt werden.

Ergeht sich aus diesen Erörterungen, daß die vorhandenen Wohnungen für den Bedarf an Kleinwohnungen nicht ausreichen, so wird das Augenmerk in erster Linie auf die Zerlegung größerer Wohnungen zu richten sein. Bei der großen Zahl leerstehender größerer und großer Wohnungen wird angedacht der Steigerung der Rente durch Vermietung als Kleinwohnungen eine geeignete Verhandlung mit den Hausbesitzern trotz der befürchteten härteren Abnutzung des Hauses wohl zum Ziele führen. Sollte zur Beseitigung eines Notstandes vorübergehend gelegentlich die sonst unzulässige Einrichtung von Dach- und Kellerwohnungen zugelassen werden, so ist unbedingt darauf zu halten, daß mit der Beseitigung des Notstandes auch die Dach- und Kellerwohnungen wieder beseitigt werden. Es weiteren wären

öffentliche Gebäude — Schulen — für die Aufnahme von Familien sowie Zuzugstellen und Lagerräume für die Aufnahme von Ledigen auszubilden und ihre etwa notwendige Einrichtung soweit möglich vorzubereiten, auch die Beschaffung von Baracken wäre sicherzustellen. Hierbei sei bemerkt, daß auf eine Berechtigung von Baracken und Geislagern durch die Militärverwaltung nicht gerechnet werden kann, da dieselben auch nach dem Friedensschluß zunächst militärischen Zwecken dienen müssen. Die Gemeinden werden aber vor allem es sich angelegen sein lassen müssen, einem sofortigen Einsetzen der Bau Tätigkeit nach Friedensschluß durch Fortsetzung beschleunigter Bauarbeiten und Durchführung der Verfahren noch während des Krieges die Wege zu ebnen. Die Gemeinden müssen ferner zweckmäßig die für die Durchführung der oben erwähnten baulichen Maßnahmen als auch für die Bautätigkeit in der ersten Zeit erforderlichen Baustoffe überblicksartig zu ermitteln suchen und mit den Kriegsamtsstellen wegen Zuweisung dieser Baustoffe nach Kriegsende sich schon jetzt in Benehmen setzen. Schließlich wird rechtzeitig ein genauer Wohnungsnachweis einzurichten sein, der spätestens bei Rückkehr der errienen Krieger in Wirklichkeit treten, mit An- und Abmeldeplanung versehen sein und so stets einen Überblick über die Zahl der Wohnungen jeder Art gestattet müßte, geeignetenfalls auch mehrere benachbarte Gemeinden umfassen könnte.

Die Regierungspräsidenten werden ersucht, umgehend die Stadt- und Landgemeinden mit entsprechender Weisung zu versehen und ihnen die sofortige Inangriffnahme vorbeugender Maßnahmen im Sinne vorstehender Ausführungen zur ersten Pflicht zu machen, sich auch von Kommunalaufrichts wegen von dem Fortschreiten dieser Maßnahmen zu überzeugen. Dabei ist jedoch darauf Bedacht zu nehmen, daß die Nachprüfung der gemeindlichen Anordnungen nicht zu einer Belastung der Kommunen mit Berichten und zeitraubenden Zusammenstellungen führt.

Daß wir, gelinde ausgedrückt, sehr trüben Zuständen im Wohnungsweesen entgegenzusehen, wird hier behördlicherseits offen zugegeben. Ein Grauen beschleicht einen, wenn man sich die Verhältnisse ausmalt, selbst wenn die oben empfohlenen Abhilfemaßregeln durchgeführt werden. Mühte es denn wirklich soweit kommen? Könnte nicht längst und viel energischer angegriffen werden? Und nun sollen erst noch Unterdrückungen aller Art und Erzwägungen angestellt werden. Schon in Friedenszeiten sind darüber meist die kostbarsten Augenblicke veräußert worden. Was soll erst jetzt bei dem Mangel an Beamten dabei herauskommen! Auf diesem Wege ist dem drohenden Unheil nicht wirksam zu begegnen. Die Mittel, die hier vorgeschlagen werden, sind keine Pfälsterchen, mit der man dem schweren Uebel der Wohnungsnot nun und nimmer bezuikommen vermag. Da kann nur, nachdem so vieles veräußert worden ist, eine Radikalkur helfen. Auf der großen Wohnungsreformkundgebung in Berlin am 30. Oktober ist der Weg gezeigt, der beschritten werden muß. Möge man sich den dort aufgestellten Forderungen nicht aus engherzigem Bürokratismus verschließen, sondern die gegebenen Fingerzeige beachten und befolgen! Unsere wackeren Krieger, die jahrelang die Heimat mit ihren Weibern geschützt haben, haben einen wohlverdienten Anspruch darauf, daß sie bei der Rückkehr aus dem Felde eine Stätte finden, in der sie sich wohlfühlen und von den Strapazen der Feldzüge erholen können. Deshalb fordern wir in ihrem Interesse, aber auch mit Rücksicht auf die nationale Zukunft unseres Volkes keine Halbheiten, sondern ein schleuniges energisches Vorgehen zur Beschaffung menschenwürdiger Kleinwohnungen. Es ist aber die allerhöchste Zeit!

Schleichhandel und Tauschhandel.

Das Elend unserer Lebensmittelversorgung tritt immer deutlicher zutage. Selbst wenn man alle Schwierigkeiten mildernd berücksichtigt, so muß man doch sagen, daß die behördliche Organisation unserer Lebensmittelbeschaffung und Lebensmittelverteilung in den wesentlichsten Punkten versagt hat. Deutlicher als jemals vorher hat der Krieg gezeigt, daß sich wirtschaftliche Aufgaben nicht durch Zwangsorganisationen lösen lassen, wenn die Bevölkerung den organisatorischen Vorkräften einen inneren Widerstand entgegensetzt. Nur die freiwillige Mitarbeit aller Bevölkerungsschichten ist instand, ein Volk über die Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung hinwegzubringen, und an dieser Freiwilligkeit fehlt es, denn wenn irgendeine Verordnung erlassen oder eine Maßregel getroffen worden ist, so können mindestens

drei Viertel der Bevölkerung darüber nach, wie sie den behördlichen Anordnungen ein Schnippchen schlagen und sie umgehen können.

Dieser innere Widerstand hat es hauptsächlich veranlaßt, daß es nirgends flau ist und daß die Sorge um den Lebensunterhalt immer peinlicher wird. Was soll man, um ein nabeliegendes Beispiel herauszugreifen, dazu sagen, daß trotz der reichlichen Kartoffel-, Gemüse- und Obsterte diese notwendigen Nahrungsmittel nicht nur sehr teuer, sondern manchmal gar nicht zu haben sind? Am schlimmsten ist die steigende Unsicherheit in der Lebensmittelbeschaffung, die eine wahre Hamsterwut erzeugt hat. Die Bevölkerung hat den Glauben an die Versprechungen der Behörden verloren, sie schreibt immer entschiedener zur Selbsthilfe, indem sie sich selbst, eierwei und wo, Lebensmittel verschafft. Man braucht nur die Samstagsfahrten in der Nähe der Städte zu beobachten, um einen Begriff zu bekommen von der Angst der Bevölkerung vor dem Verhungern. Mögen die Behörden auch noch so glaubhaft versichern, daß an den notwendigen Lebensmitteln kein Mangel sei und daß eine planmäßige gerechte Verteilung stattfinden werde, kein Mensch schenkt diesen Versicherungen Glauben. Es wird eben weitergehamstert. Wer möchte bezweifeln, daß nur eine verhältnismäßig geringe Zahl der städtischen Verbraucher sich mit den ihnen zugeteilten Waren begnügt, daß aber die überwiegende Mehrzahl unablässig bemüht ist, sich von hinten herum Lebensmittel zu verschaffen? Die behördliche Höchstpreispolitik hat den eigenartigen "Erfolg" gezeitigt, daß die Waren vom offenen Markte verschwinden, wenn für sie Höchstpreise festgesetzt werden, daß sie aber auf Schleichwegen zu höheren Preisen noch immer zu haben sind.

Eine der unangenehmsten Beileitererscheinungen des Krieges ist der Schleichhandel. Tausende von Personen haben sich darauf geworfen, Waren, die einem Höchstpreis unterliegen, unter der Hand aufzukaufen und mit einem unverkündeten Aufschlag weiterzuverkaufen. Da sind zunächst die verschiedenen Nahrungsmittel, die zu normalen Preisen nicht mehr zu haben sind, die man aber, wenn man auf den Preis nicht sieht, immer noch kaufen kann. Für Schinken, Eier, Butter und Honig werden geradezu wahnwitzige Preise gezahlt und auch die unentbehrlichsten Nahrungsmittel werden ungeheuer in die Höhe getrieben. Es sind nicht allein die Schleichhändler, die diesen verdammungswürdigen Handel treiben, auch das hamsternde Publikum aus den zahlungsunfähigen Kreisen unterstützt diesen Handel, weil es sich gegenseitig überbietet. Geradezu überbietet es sich mit den anderen Bedarfsgüterkäufern. Für Seife, Schuhe, Wollwaren usw. werden ungemein hohe Preise gezahlt, wenn man sie "unter der Hand" kaufen kann. Die Folge davon ist, daß die Angehörigen der besitzenden Klassen in der Lage sind, nach wie vor üppig zu leben, während die Angehörigen der Unterschichten Not leiden. Gegen den Schleichhandel sind bislang alle behördlichen Maßregeln wirkungslos geblieben, was wesentlich auch dadurch mit verschuldet ist, daß die zahlungsunfähigen Verbraucher dies Unwesen in jeder Weise unterstützen.

Auch der Tauschhandel, der im Zeitalter des Kapitalismus bereits abgekommen war, ist wieder aufgetaucht und spielt eine wichtige Rolle bei der Beschaffung von Lebensmitteln. Es ist bekannt, daß man auf dem Land alle möglichen Nahrungsmittel bekommen kann, wenn man andere Waren, wie Zucker, Reis, Seife, Petroleum usw., dagegen austauscht. Die Geschäftsinhaber in der Stadt verstehen sich ebenfalls auf den Tauschhandel. Wenn sie auch wegen der Warenbeschaffung nichts mehr im Laden haben, so haben sie doch noch immer etwas im Hintergrunde, das sie bei günstigem Angebote gegen andere Waren austauschen. Auf dem Wege des Tauschhandels kann man noch heute Schuhe und Unterzeug, Bettüberzüge und Decken sowie alle möglichen anderen Sachen bekommen. Die Geschäftsleute helfen einander aus, während sie das Publikum mit leeren Worten abspeisen, und wenn eine Frau mit ihren Lederhosen auf der Wildfläche erscheint, so kann sie alles bekommen, was sie haben will.

Was ist gegen Schleichhandel und Tauschhandel zu machen, wie ist die Durchbrechung der Lebensmittelrationierung zu verhindern? So fragt man sich allgemein, aber niemand weiß eine durchschlagende Antwort zu geben. Die einen empfehlen schwere Strafen und Konfiskationen der Waren und Gewinne, die anderen sind der Meinung, man müsse mit dem ganzen System brechen und dem freien Handel wieder das Feld einräumen. Das letztere wäre unzweifelhaft ein

ganz gefährliches Experiment und könnte leicht dahin führen, daß die Wohlhabenden unverkündet hamsterten, so daß die Unbemittelten schließlich das Nachsehen hätten. So wird uns dann wohl nichts anderes übrigbleiben, als daß Behörden und Gerichte einen erbitterten rüchichtslosen Kampf gegen die Wucherer, Plutziere und Hamstere führen und daß sie in diesem Kampfe von allen rechtlich denkenden und sozial empfindenden Menschen unterstützt werden. Vielleicht hilft es etwas, Schaden kann es ja keinesfalls.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 16. November 1917.

In der Zentralsitzung am 9. November machte der Verbandsvorsitzende Kollege Hartmann zunächst einige Mitteilungen aus dem geschäftsführenden Ausschuss. Sodann berichtete er eingehend über die Bestrebungen zur Begründung eines Volksbundes für Freiheit und Vaterland. Nachdem er den Zweck einer solchen Vereinigung dargelegt und gezeigt hatte, daß es sich hier keineswegs um eine politische Schöpfung wie bei der Vaterlandspartei handle, sondern nur um eine Bereinigung der verschiedenen Organisationen im Volke zur Förderung einer freibürgerlichen Entwicklung und Stärkung des Vaterlandes, wurde der Anschluß an den Volksbund einstimmig beschlossen.

Den nächsten Punkt der Tagesordnung bildeten ein Referat des Kollegen Hartmann über die Mitgliederbewegung in den Deutschen Gewerksvereinen im Vergleich zu anderen Organisationen. Seinen Ausführungen hatte der Redner eine statistische Darstellung zugrunde gelegt. Nach Erläuterung des reichhaltigen Zahlenmaterials richtete Kollege Hartmann an die anwesenden Vertreter der einzelnen Gewerksvereine praktische Forderungen, wie die Agitation lebhafter gestaltet werden könnte, und gab dadurch Anlaß zu einer sehr lebhaften Aussprache, in der auch die Frage der Verbandstretariate gründlich erörtert wurde. Das Ergebnis der Aussprache war ein Beschluß, möglichst noch im Monat Dezember eine gemeinsame Sitzung aller Gewerksvereinshauptvorstände einzuberufen, in der die Frage der Mitgliederbewegung, der Agitation und andere für die Entwicklung unserer Bewegung wichtige Angelegenheiten beraten werden sollen. Den Schluß der Sitzung bildeten Reiseberichte der Kollegen Hartmann und Lewin über Ortsverbandskonferenzen in Dessau, Elbina und Jena, die durchweg einen guten Verlauf genommen haben.

Der 17. ordentliche Delegiertentag des Gewerksvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter wird durch eine Bekanntmachung des Hauptvorstandes zu Pfingsten 1918 einberufen. Im Anschluß daran werden auch die Generalversammlungen der Kranken- und Sterbefälle stattfinden. Unter normalen Verhältnissen wären diese Tagungen schon in diesem Jahre abgehalten worden. Der Krieg hat sie um ein Jahr hinausgeschoben. Eine weitere Vertagung wird aber als nicht angängig angesehen, da einerseits die Einstellung auf die Uebergangswirtschaft und die Friedenszeit keinen längeren Aufschub duldet, andererseits auch innerhalb der Verwaltung des Gewerksvereins eine gewisse Neuregelung stattfinden muß.

Schon heute sprechen wir unsere aufrichtigsten Wünsche für einen gedeihlichen Verlauf der Tagung aus. Möge bis dahin unsern stärksten Gewerksverein noch ein recht kräftiger Zuwachs beschieden sein!

Eine Erweiterung des Hilfsdienstgesetzes sieht eine vom Bundesrat beschlossene und vom Hilfsdienstauschuss des Reichstages genehmigte Verordnung vor, durch die man den Bedarf an Hilfsdienstpflichtigen eher als bisher decken zu können hofft. Nach der neuen Verordnung haben sich zu melden alle männlichen Deutschen und alle im Deutschen Reich lebenden Oesterreicher und Ungarn, die nach dem 31. März 1858 geboren sind und das 17. Lebensjahr vollendet haben, soweit sie nicht zum Heer oder zur Marine gehören oder auf Grund einer Reklamation zurückgestellt sind.

Ferner hat künftighin jeder Meldepflichtige auf Aufforderung des Vorsitzenden des Einberufungsausschusses persönlich zu erscheinen, auf Fragen des Vorsitzenden oder seines Vertreters Auskunft zu erteilen und sich einer Untersuchung durch den vom Vorsitzenden bestimmten Arzt zu unterziehen. Scheidet ein Meldepflichtiger vor Vollendung des 60. Lebensjahres

aus der Beschäftigung bei seinem bisherigen Arbeitgeber aus oder wechselt er seine Wohnung, so hat er dies spätestens am dritten darauf folgenden Werktag dem für seinen Wohnort und wenn er diesen wechselt, für seinen bisherigen Wohnort zuständigen Einberufungsausschuss mitzuteilen. Dabei ist seine neue Tätigkeit, sein neuer Arbeitgeber, die neue Wohnung sowie eine eventuelle militärische Einberufung anzugeben. Außerdem hat auch der bisherige Arbeitgeber spätestens am dritten Werktag das Ausscheiden dem für den bisherigen Wohnort des Meldepflichtigen zuständigen Einberufungsausschuss mitzuteilen. Strafen für Nichterhaltung der Vorschriften gehen bis zu 6 Monaten Gefängnis oder bis zu 10000 M. Geldstrafe. Durch eine sehr eingehend ausgearbeitete Meldekarte sollen die Verhältnisse der Hilfsdienstpflichtigen möglichst genau erfasst werden.

Die Neuordnung des Reichsamts des Innern, nach Abtrennung des Reichswirtschaftsamts ist nunmehr in folgender Weise vorgenommen worden: Das Amt zerfällt in zwei Abteilungen. Die erste Abteilung umfaßt hauptsächlich folgende Angelegenheiten: Verfassungsfragen, die auf den Bundesrat, den Reichstag und die Reichstagswahlen bezüglichen Geschäfte, die allgemeinen Angelegenheiten der Reichsbehörden und Reichsbeamten, die Etats-, Klassen- und Rechnungswesen, die Religions- und Kirchensachen, die Angelegenheiten der politischen Polizei, des Presse-, Vereins- und Versammlungswesens, die Unterstützung wissenschaftlicher und künstlerischer Unternehmungen, die Hygienisch-Technische Reichsanstalt, die Bauverwaltung, das Justizariat, alle Militärangelegenheiten, besonders Familienunterstützungen, Aufwandsentschädigungen, Kriegseisengesetz, Kriegsschäden, die Angelegenheiten der Mobilmachung, die besetzten Gebiete, die Reichsentschädigungskommission. Diese Abteilung ist dem Ministerialdirektor Dr. Lewald unterstellt.

Die zweite Abteilung umfaßt u. a.: Die Angelegenheiten der Medizinal- und Veterinärpolizei, das Gesundheitsamt, das Medizinalprüfungswesen, den Nahrungsmittelverkehr, die Staatsangehörigkeitsachen, die Angelegenheiten der Freizügigkeit und des Unterstützungswohnwesens, das Bundesamt für das Heimatswesen, die Aus- und Einwanderung, die ausländischen Arbeiter, die innere Kolonisation, die Verkehrspolizei, besonders Kraftfahrwesen, Luftschiffahrt und Radfahrwesen, sowie die Fremdenpolizei und das Passwesen. Mit der Leitung der zweiten Abteilung ist einstweilen der Geheimrechner Oberregierungsrat Dammann beauftragt.

Von Einzelheiten abgesehen, werden die besonders die Arbeiterschaft berührenden Angelegenheiten künftighin also ihre Erledigung im Reichswirtschaftsamt finden.

Zur Bekämpfung der Wohnungsnotstände. Angesichts der vielerorts zu erwartenden Wohnungsnotstände sind praktische Reformvorschlüsse sehr willkommen. Solche Vorschläge macht der Deutsche Wohnungsausschuss in einer soeben von ihm herausgegebenen, aus den Arbeiten des Deutschen Vereins für Wohnungsreform herausgewachsenen Schrift: "Wohnungsfrage und Uebergangswirtschaft" (Carl Seymann, 91 S., 300 M.). In der Schrift werden sowohl eine Anzahl wichtiger allgemeiner Gesichtspunkte zur Uebergangswirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungswesens erörtert, wie auch die Ausnutzung der vorhandenen Befähigungsmöglichkeiten, die Vorbereitung der Neubautätigkeit, der Schutz des Hausbesitzes und eine Reihe verschiedener Maßregeln behandelt. Die mannigfachen Anregungen der Schrift sind geeignet, die Lösung der schwierigen Aufgaben wesentlich zu fördern.

Hofl Wagner †. Wenige Monate nach seinem Kollegen Gustav v. Schmoller ist am 8. November nun auch der berühmte Nationalökonom Adolf Wagner verstorben. Mit ihm hat die deutsche Wissenschaft einen ihrer glänzendsten Vertreter verloren. Vom Jahre 1870 bis zum Herbst vorigen Jahres war Wagner als Lehrer an der Universität Berlin tätig, wo er in der Hauptache finanzwirtschaftliche Vorlesungen hielt. In dieser ganzen Zeit dürfte er mit die größte Zahl Zuhörer um sich gehabt haben. Denn es wird kaum einen Studenten der Staatswissenschaften oder der Jurisprudenz an der Berliner Universität gegeben haben, der nicht ein Kolleg bei Adolf Wagner be-

legt hatte. Danach kann man ermessen, wie gewaltigen Einfluss dieser auf die Entwicklung der deutschen Nationalökonomie und die Ausbildung seiner Führer ausgeübt hat.

Wirtschaftspolitik stand uns Wagner fern. Er rechnete sich zur konservativen Partei, für die er auch von 1882-85 ein Mandat im preussischen Abgeordnetenhaus ausübte, und stand mit seiner Weltanschauung dem Sozialprediger Stöcker sehr nahe. Der sozialen Reform aber war er ein eifriger Vorkämpfer, und er gehört mit zu den Gründern des Vereins für Sozialpolitik. Insbesondere zeigte er auch für die biederreformatorischen Bestrebungen ein reges Interesse. Den Scharfmachern war er deshalb stets ein Dorn im Auge, und das Wort „Kathedersozialist“ ist nicht zuletzt mit Beziehung auf Adolf Wagner geprägt worden. Trotz aller Gegenfährlichkeit in wirtschaftspolitischen Dingen hat demnach die deutsche Arbeiterchaft allen Anlass, dem verstorbenen Gelehrten auch über das Grab hinaus ein ehrendes Andenken zu bewahren. Er war ein aufrichtiger Freund des Arbeiterstandes und diese Freundschaft hat er, unbekümmert um Angriffe von rechts und links, auch durch Taten bewiesen.

Die bayerische Regierung gegen Mietsteigerung. Das bayerische Ministerium des Innern hat an alle Kreisregierungen eine Verfügung ergehen lassen, in der es heißt:

Bei den großen Städten mit gespanntem Wohnungsmarkte ist umgehend zu erheben, ob und in welchem Umfang eine allgemeine Mietpreiserhöhung vorgenommen worden ist. Den Gemeindebehörden ist bekannt zu geben, daß ein solches allgemeines Vorgehen der Hausbesitzer gegen die Mieter ohne Rücksicht auf die einzelnen Verhältnisse vom Standpunkt der sozialen Gerechtigkeit und des inneren Friedens aus das schärfste mißbilligt werden muß. Die Gemeindebehörden haben daher in solchen Fällen auf die betreffenden Hausbesitzer unerbittlich in dem Sinne einzuwirken, daß solche allgemeinen Mietpreiserhöhungen und Ähnlichkeiten unter allen Umständen zurückgezogen werden, widrigenfalls das Ministerium bei den militärischen Vorgesetzten ein Verbot allgemeiner Mietpreiserhöhungen auf Grund des Kriegszustandsgesetzes erwirken möchte.

Diese Verfügung und diese Drohung würden an sich dauernden Erfolg natürlich nicht versprechen; daß aber die bayerische Regierung zugleich den Entwurf eines neuen verbesserten Entgeltungsrechts eingebracht hat, beweist, daß es sich hier um mehr als vorübergehende Maßnahmen handelt.

Zu einer sehr verständigen Maßnahme hat sich der preussische Minister Dr. Drews entschlossen, indem er das bisherige Koalitionsverbot für die Polizeibeamten aufgehoben und dem Vorliegenden der Berliner Vereinigung auf sein Gesuch mitgeteilt hat, daß gegen die Gründung eines Verbandes der Polizei- und Kriminalwachmeister Preußens nichts einzuwenden sei.

Die Vereinigung der königlichen Polizeiwachmeister Groß-Berlins hat daraufhin eine Einladung an die Kameraden in Preußen ergehen lassen, zu der Gründungsversammlung am 20. November d. J. zu erscheinen oder Abordnungen zu entsenden. Neben der Wahrung und Förderung der Standesinteressen wird es sich für den Verband vornehmlich darum handeln, die in Berlin bereits bestehende Sterbehilfe auf ganz Preußen auszuweiten, eine Spar- und Darlehnskasse zu errichten, Mittel bereit zu stellen für hilfsbedürftige Kameraden sowie für deren Witwen und Waisen, eine Auskunftsstelle einzurichten, Rechtsauskunft und Rechtschutz zu gewähren, Abmachungen mit Kur- und Badeorten zu treffen, ein Erholungsheim zu gründen, verdiente Beamte zu ehren u. a.

Das sind wahrhaftig keine himmelstürzenden Pläne, und man begreift es kaum, daß einem Verbände mit derartigen Zwecken die Parteiberechtigung abgeprochen werden konnte. Daß es sich dabei um Polizeibeamte handelt, ist natürlich völlig gleichgültig. Also wieder ein kleines Stück „Neuorientierung“.

Die Frauennarbeit in England ist in dauernder Zunahme begriffen. Wie die „Soz. Prar.“ nach englischen Quellen berichtet, waren im Juli 1917 jenseits des Kanals 1 240 000 Frauen mehr gewerblich beschäftigt als im Juli 1914. Die Zunahme in der Industrie beträgt 453 000 (auf eine Beschäftigtenziffer von 2 184 000 im Juli 1914), in Staatsbetrieben 198 000 (auf 2000), im Transportgewerbe 62 000 (auf 19 000), im Bankwesen 47 000 (auf 9000), in Kommunalverwaltungen 50 000 (auf 198 000). Die Zahl der Hausange-

stellten ist um etwa 300 000 gesunken. Die Zunahme in der Beschäftigung von Frauen hat besonders im letzten Quartal eine große Steigerung erfahren; sie betrug mit 182 000 unzufähr doppelt soviel wie im vorangehenden Quartal. In der Industrie betrug sie 54 000 gegenüber 29 000 im vorhergehenden Quartal. Davon entfielen allein auf das Metallgewerbe 41 000, auf die chemische Industrie 8000 Frauen. Dagegen fielen die Zahlen in der Bekleidungsindustrie; in der Textilindustrie schiedens 5000 Frauen aus, gegenüber 3000 im ersten Vierteljahr 1917. Die Gesamtzahl der in der Textilindustrie Beschäftigten ist aber heute mit 22 000 noch immer höher als im Juli 1914.

Aus dem Verbands.

Berlin. Die 393. Veranstaltung des Vereins für Volkserhaltung findet am Sonntag, den 18. d. Mts., abends 7 Uhr im Bürgeraal des Rathauses statt. Mitwirkende sind: Hedda Schmidt: Deutsche Dichtungen; Frau Käthe Sendeck: Pflanzl. Vieder zur Leute; Herr Otto König: Pflanzl. am Klavier.

Elbing. Die am Sonntag, den 4. November, hier abgehaltene Ortsverbandskonferenz war von Delegierten aus Elbing, Danzig, Königsberg, Dirschau, Br.-Stargard und Grynau betand. Eine größere Anzahl Gewerkevereinsmitglieder aus Elbing nahm an den Verhandlungen ebenfalls teil, von denen sich auch einige an der Aussprache beteiligten. Nach dem Vortrag des Verbandsvorsitzenden Kollegen Hartmann-Perlin über die Frage, was zur Förderung unserer Gewerkevereinsbewegung getan werden muß, folgte eine rege Aussprache ein, die den feiten Willen aller Teilnehmer erkennen ließ, an den Vorwärtskommen der Gewerkevereinsfrage in den Provinzen Ost- und Westpreußen mitzuwirken. Die Konferenz nahm einstimmig folgende Entschliessung an:

Die am 4. November in Elbing tagende Ortsverbandskonferenz der Deutschen Gewerkevereine (D. D.) erkennt gern an, daß in der Kriegszeit mit ihren tief einschneidenden Wirkungen manches Vorurteil gegen die Gewerkevereine bezüglich einer besseren Gemeinschaftsarbeit der verschiedenen Richtungen der selbständigen wirtschaftlichen Arbeiterbewegung Deutschlands herbeigeführt und ihnen Anerkennung für ihre Leistungen in der Kriegszeit zuteil geworden ist. Die Konferenz erwartet auch, daß in der hoffentlich recht bald kommenden Friedenszeit diese Gemeinschaftsarbeit auch recht erhalten wird, ohne daß dabei die Einzelart ihrer Richtung gelöst wird, daß bei der Erneuerung der Neuorientierung auch die Beizigung aller das Koalitionsrecht einschneidenden Bestimmungen und eine Gleichberechtigung der Landarbeiter erfolgt.

Um das aber erfolgreicher durchsetzen und die Gewerkevereinsverbände auch im Nordosten Deutschlands wirksamer vertreten zu können, richtet die Ortsverbandskonferenz an alle Gewerkevereine und Ortsverbände in den Provinzen Ost- und Westpreußen die dringende Aufforderung, in der Vorbereitungszeit für alle Verufe zugunsten der Deutschen Gewerkevereine unabhängig tätig zu sein.

Die Konferenz spricht den wackeren Kämpfern im Felde und ihrer Führung für die erfolgreiche Verteidigung des Vaterlandes und für die dargebrachten Heldenopfer herzlichsten Dank aus und erklärt, daß die Gewerkevereinsmitglieder im Osten Deutschlands auch für die fernere Dauer des Krieges ihre Schulpflicht dem Vaterlande gegenüber erfüllen werden, bis der Vernichtungswille unserer Feinde abgebrochen und ein Frieden geschlossen ist, der den deutschen Volk weitere Existenz- und Aufstiegsmöglichkeiten sichert.

Hannover. Der Ortsverband Hannover, Linden und Umgegend hielt am 4. November eine Versammlung ab, die sich eines sehr guten Besuchs aus von seiten der Frauen erfreute. Den Ausgangspunkt der Tagesordnung bildete ein Vortrag des Kollegen Drevert über die Stellungnahme der Deutschen Gewerkevereine zur Öffentlichkeit. Der Vortragende wies an vielen Beispielen und Vorgängen nach, daß die Gewerkevereine selbst sowohl wie ihre Mitglieder sich selbst am öffentlichen Leben beteiligen und Stellung nehmen müssen. Namentlich die Mitglieder hätten alle Ursache, sich in den politischen Parteien eifrig zu betätigen, um dort Stimmung für die Forderungen der Deutschen Gewerkevereine zu machen. Die Organisation selbst aber muß freigeblieben werden von politischen Streitigkeiten. Deshalb mußte auch Stellung genommen werden gegen die deutsche Vaterlandspartei, und es sei mit Freude zu begrüßen, daß der Zentralrat sich so entschieden gegen die Bestrebungen dieser Vereinigung gewandt hat. Dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine sehr rege Diskussion, in der noch verschiedene andere Fragen angeschnitten wurden. U. a. fand eine Entschliessung Annahme, in der auch der immer mehr sich greifende Scheidhandel, sowie die dauernde Vertauschung der notwendigen Lebensmittel scharf getadelt wurden. Die heute verdienten Löhne seien schon längst nicht mehr mit den enormen Lebensmittelpreisen im Einklang. Von den Magistraten der Städte Hannover und Linden wird gewünscht, daß den kriegswirtschaftlichen Betrieben mehr Lebensmittel zugeführt werden. Weiter wurde in der Aussprache in Anregung gebracht, möglichst einen Vertrauensrat für den Ortsverband zu gewinnen. Die weitere Erledigung dieser Angelegen-

heit wurde dem Ortsverbandsvorsitzenden überlassen. Nachdem Johann noch die neuen Belegsarten an die Berechtigten verteilt worden waren, wurde die Versammlung geschlossen mit der Mahnung, dafür zu sorgen, daß die Versammlungen künftighin stets so besucht sein mögen wie diese.

Dr. Bolthe, Ortsverbandsvorsitzender.

Versammlungen.

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerkevereine. Verbandshaus der Deutschen Gewerkevereine (S. D.). Jeden 1. Mittwoch im Monat. Nächste Zusammenkunft am Mittwoch, 5. Dez., ab 8 1/2 Uhr. — **Kontingentschleppverein Groß-Berlin** (Ostb. II S. D.) Sitzung jeden 2. u. 4. Dienstag im Monat, abends 8 Uhr, im „Sport-Restaurant, Diercksstraße 1. Die beiden anderen Dienstagsitzungen, Klopffstraße 93 bei Herr: — **Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin III.** Sonntag, abends 17. November, abends 8-10 Uhr, Jährl. Abend. 24. November, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung“. Vorsitz: Herr: — **Der Vorstand der Deutschen Gewerkevereine.**

Veränderungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Bromberg (Ortsverband). Persönliche Schriftstücke sind an den Vorsitzenden J. Bärwaldt, Breitenbofstraße 13, zu senden.

Literatur.

Zur Reform des preussischen Wahlrechts. Im Bereiche der Meinungen über die preussische Wahlrechtsreform ist es gerade jetzt von besonderer Bedeutung, in großen Zügen Ansichten über die verschiedenen Wahlrechtssysteme und die verschiedenen Methoden zu liefern. Darum beantragen die auf einem Exzerpt, herausgegeben der „Freien Vaterländischen Vereinigung“ von maßgebenden Vertretern der größten politischen Parteien und im öffentlichen Leben stehenden Männern gehaltenen Reden besondere Bedeutung. In einer kleinen Schrift „Zur Reform des preussischen Wahlrechts“ wird eine solche Einführung in die verschiedenen Wahlrechtssysteme gegeben. Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Danne national-liberal sieht die Vorteile des allgemeinen gleichmäßigen Wahlrechts und der Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen aus einander. Landrat a. D. Dr. des Am. Danjes von Dewitz (freikonfession.) tritt für den Grundged der gehobenen Leistung ein. Von den weiteren Reden sind die des Mitglieds des Reichstags und preuss. Abgeordneten Giesberts (Zentrum), der sich für ein bezichtigtes Proportional-Wahlrecht ausspricht, des Westf. Sch. Oberverwaltungsrats Dr. Gensmer, des Dr. v. Schönbach (S. Reichsboten) von besonderem Interesse — alle Möglichkeiten des Wahlrechts werden darin in allen mein-verständlicher Form behandelt. Die kleine Schrift (Verlag Otto Liebmann, Berlin W. 57) kommt daher gerade zur rechten Zeit und kann unter den obwaltenden Umständen nur warm empfohlen werden. Ihr billiger Preis von 40 Pf. gewährleistet die Verbreitung in den weitesten Schichten.

Anzeigen-Teil.

Begräbniskasse

des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine. (Gegründet 1878.)

Nach Genehmigung durch das Kaiserliche Aufsichtsamt können auch die männlichen Mitglieder der uns angehörenden Gewerkevereine, sowie deren Ehefrauen, Söhne und Töchter, Kinder und Schwäger — bis zu 200 Mk. ohne ärztliche Untersuchung — eine Begräbniskassenversicherung von 100-500 Mark abschließen. Das Vermögen der Kasse betrug am 1. Juli 1917 131 389,- Mfr.

Wichtige Beiträge!

Garantierte Versicherungssumme. Aufnahme vom 15. bis 45. Jahre in den nachstehenden Stufen:

Versichertes Begräbnisgeld	Stufe I	Stufe II	Stufe III
	Beim Eintritt von 15-20 Jahren	Beim Eintritt von 20-40 Jahren	Beim Eintritt von 40-45 Jahren
	Wöchentliches Beitrag	Wöchentliches Beitrag	Wöchentliches Beitrag
a) 100 Mark	5 Pfennig	7 Pfennig	10 Pfennig
b) 200 „	10 „	14 „	20 „
c) 300 „	15 „	21 „	30 „
d) 400 „	20 „	28 „	40 „
e) 500 „	25 „	35 „	50 „

In allen Ortsvereinen sind Verwaltungsstellen einzurichten!

Es bedarf nur der dauernden Anregung in den Vereinsversammlungen, um die Zahl der Versicherten in unserer Begräbniskasse zu vermehren. Auch in schwerer Kriegszeit muß unsere Friedensarbeit geleistet werden.

Prospekte, Antragsformulare etc. bei allen Ortsvereinskassen oder auf Verlangen kostenfrei von unserer Geschäftsstelle Berlin NO. 55, Weißsinalberstr. 221-223.

Der Vorstand der Begräbniskasse des Verbandes. W. Häfner, Vorsteher. H. Klein, Hauptkassierer.